

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884

16.7.1884 (No. 167)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 16. Juli.

№ 167.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einzugsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1884.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 11. Juli d. J. gnädigst geruht, den Professor Dr. Otto Gierke in Breslau, unter Verleihung des Charakters als Geheimer Hofrath, zum ordentlichen Professor der deutsch-rechtlichen Fächer an der Universität Heidelberg zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 15. Juli.

Habent sua fata libelli! Auch mit Zeitungsartikeln, die eine Redaktion mit vollständigster und ausführlichster Quellenangabe als nicht aus ihrer Feder geflossen kennzeichnet, kann diese seltsame Schicksale erleben, indem — von den Einen absichtlich, von Anderen unabsichtlich — über die eigentliche Autorschaft hinweggesehen wird. In Nr. 161 dieses Blattes ist ein Artikel enthalten, der den Titel trägt: „Die Reichstags-Wahlen“, worauf die nächste Zeile besagt: „Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Bad. Korresp.“ (Lehteres ebenfalls mit gesperrter Schrift.) Dieser Artikel ist an sich interessant, indem er, wie mehrfach in den Blättern die Charakteristik lautet, die Wahlcampagne eröffnet. Sodann resumirt er, nach unserm Dafürhalten, die politische Lage in Baden im Großen und Ganzen zutreffend. Wir haben die Auslassung aus diesen beiden Gründen zur Kenntniß unserer Leser gebracht, die uns ohne Zweifel dafür Dank gewußt haben. Soweit wäre Alles in Ordnung. Nun hat aber die „Neue Preuß. Ztg.“, jedenfalls ohne die betr. Nummer der „Karlsruh. Ztg.“ selbst gesehen zu haben, sich sehr unwirksam darüber geäußert, daß gerade wir die Ansicht ausgesprochen hätten, die Interessen unseres (badi-schen) Bauernstandes wären nicht gleichbedeutend mit denen des adeligen Großgrundbesitzes, wie diese in Preußen und anderen Staaten geltend gemacht würden. Andere Blätter haben dann — immer unter der Voraussetzung, daß es sich um einen Artikel der „Karlsruh. Ztg.“ handle — sich von ihrem Standpunkt aus zur Sache geäußert. So die „Nat.-Ztg.“, die „Frankf. Ztg.“ u. a. Heute kommt nun ein Telegramm des „W. L. B.“ und berichtet:

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ drückt im Anschlusse an die „Kreuzzeitung“ Befremden und Erkennen aus, daß die „Karlsruher Zeitung“ gerade den adeligen Grundbesitz in besonderer Beziehung auf Preußen zum Zielpunkt spitziger Pfeile wähle. Wo im Reiche oder in Preußen sei ein Gesetz, welches die Scheidung adeligen und nichtadeligen Besitzes zuläßt und ersteren gegen letzteren begünstige. Gegenüber der schrankenlosen Kapitalmacht seien die Interessen des großen und des kleinen Landwirths dieselben. Das Verhalten der Zeitung erweise der Regierung, deren Politik die Zeitung vertritt, keinen Dienst; die Früchte solcher Politik werde allein die Demokratie sammeln.

Da die „Nordd. Allg. Ztg.“ ihre Aeußerungen im Anschlusse an die — falsch berichtete — „N. Pr. Ztg.“ macht, so ist die Erwiderung einfach ein Hinweis auf die „Karlsruh. Ztg.“ selbst, die in ihrer Nummer 161 so deutlich wie nur möglich den daselbst wiedergegebenen Artikel als ein der „Bad. Korrespondenz“ entnommenes Altsstück zur Tagesgeschichte kennzeichnet, für dessen einzelne Wendungen sie doch allem journalistischen Herkommen zufolge nun und nimmer verantwortlich gemacht werden kann.

Das französische „Nationalfest“ ist, einem Berichte der „Ag. Havas“ zufolge, in Paris ohne anderen Zwischenfall verlaufen, als den nicht eben mehr Aufsehen erregenden, daß ein Hause Gamins — wie alt, ist nicht gesagt — eine deutsche Fahne „zu bemerken glaubte“ und deswegen einige Fenster einschlug und sonstige Sachbeschädigungen verursachte. Bekanntlich hatten die Académie de Médecine und verschiedene ärztliche Autoritäten auf die Gefahren hingewiesen, die unter den jetzigen Umständen durch die großen Menschenansammlungen für die Hauptstadt heraufbeschworen werden können — aber weder die Regierung, noch die Kammer, noch der Gemeinderath hatte den Muth, das Fest zu verbieten. Sogar die demokratische „Frankf. Ztg.“ kann die Bemerkung nicht unterdrücken: „Auf alle Fälle hat für die etwaigen Folgen die Regierung die Verantwortung zu tragen — denn ihre Sache war es, hier die Initiative zu ergreifen und eine Entscheidung zu treffen, für die sie energisch eintreten mußte. Ja es kann sogar nicht einmal zweifelhaft sein, welche Stellung sie dieser Frage gegenüber einzunehmen hatte. Nachdem sich einmal nicht nur der Gesundheitsrath, sondern auch die Akademie gegen die Abhaltung des Festes ausgesprochen hätte, war ihr der Weg vorgezeichnet. Es dürfte für sie in dem Augenblick kein Parteinteresse mehr, noch irgend ein sonstiges politisches Bedenken geben, nur von den gesundheitlichen Rücksichten mußte sie sich leiten lassen und dem Rath der hohen medizinischen Körperschaft folgen, das Fest in diesem Jahre unterzagen. Und wenn auch die Monarchisten gejubelt haben würden und die Mar-

chands de vin, die Marktleute und die Kunstreiter ihr noch so lauten Vorwurf gemacht hätten, so müßte sie die Einen jubeln, die Andern klagen lassen und alle Einzelinteressen den Interessen der Gesamtheit opfern! Die französische Regierung hat diesen Weg nicht eingeschlagen und die Dinge ihren Lauf gehen lassen. Wir wollen hoffen und wünschen, daß alle Befürchtungen über die etwaigen Folgen des Festes grundlos waren und daß die Regierung den Mangel an Energie, den sie bei dieser Gelegenheit bewiesen hat, in keiner Weise zu bereuen haben wird.“

In den Vereinigten Staaten stehen sich nun die beiden großen Parteien zum Wahlkampf, aus welchem im Herbst ein neuer Präsident hervorgehen soll, gerüstet gegenüber. Beide Parteien haben ihre Kandidaten ernannt und die Wahl wird unter dem Selbstgeschrei: „Die Blaine, die Cleveland!“ vor sich gehen. Wenn wir nun die Aussichten erwägen, welche die beiden Kandidaten besitzen, so fällt uns vor allem eine Thatsache auf. Blaine ist zwar ein allbekannter Staatsmann der republikanischen Partei, war schon häufig als Präsidentschaftskandidat aufgestellt und genießt eine gewisse Popularität. Allein er ist nicht der Ausgewählte der besseren Elemente seiner Partei, auf ihn setzen jene reformfreundlichen Republikaner, welche eine sittliche Wiebergeburt der tief verumpften und forumpirten Zustände ihres Vaterlandes anstreben, ihre Hoffnung nicht; sie wenden sich sogar entschieden gegen seine Kandidatur, die sie der dadurch entstehenden Spaltung in ihrer Partei ungeachtet bekämpfen. Anders bei dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten Cleveland. Cleveland ist zwar keineswegs so allgemein bekannt als Blaine, hat auch nicht so viel staatsmännische Erfahrung, allein er ist der Auserkorene der anständigen, der ernstlich um das Wohl des Vaterlandes besorgten Elemente seiner Partei. Während Blaine persönlich als mindestens zweifelhafter Charakter gilt, ist Cleveland ein gewinnhafter und sittlich reiner Volksmann, der Größe genug besitzt, um, wie er es bewiesen, das öffentliche Interesse über dasjenige seiner Partei zu stellen. Sowohl als Bürgermeister der Stadt Buffalo, als welcher er in die öffentliche Laufbahn eintrat, wie als Gouverneur des Staates New-York hat er ferner eine hervorragende Tüchtigkeit als Verwaltungsbeamter bewiesen. Auch seine Kandidatur ist in der eigenen Partei nicht ganz unbestritten, allein es ist sehr bezeichnend, daß es die reaktionären Elemente in der demokratischen Partei sind, welchen die Kandidatur Cleveland's nicht behagt. Als Verdienst dürfte es Cleveland ferner anzurechnen sein, daß er sich um die Kandidatur nicht beworben hat, während Blaine eine förmliche Jagd auf dieselbe veranstaltete. Wir werden nun in den nächsten Monaten Gelegenheit haben, wahrzunehmen, wie sich die Aussichten der beiden Kandidaten gestalten.

Das Zustandekommen der Aktiengesetz-Reform

Ist bekanntlich gegen das anfängliche Erwarten erfolgt. Nicht allein hatte sich dagegen eine starke Gegnerschaft der Handelskammern erhoben, auch in den Parteien, außer in der konservativen, war eine starke Stimmung gegen den Entwurf erzeugt worden. Die Börse und ihr Einfluß schienen der lange erwarteten Reform gefährlich werden zu sollen. In den „Grenz.“ wird ein Rückblick auf die Schicksale des Entwurfs geworfen. Es wird ausgeführt, wie bei Aufbietung aller Energie der Regierung der Umschwung zu Gunsten des Entwurfs entstand; wie Centrum und National-Liberale sich nach der 1. Lesung auf die Seite der Regierung stellten, wie durch die (anfangs 4 Wochen lang verschleppte) Kommissionsberatung der Umschwung soweit vollendet wurde, daß auch unter den Deutschfreisinnigen sich Freunde des Entwurfs fanden. Es geschah das seltene Ereigniß einer einstimmigen Annahme der Vorlage in der Kommission. Von da ab war der Kampf um dieselbe lediglich in die Fraktionen verlegt. Der Artikel der „Grenz.“ macht die Zeitungen zum ersten Male mit den Einzelheiten dieses Kampfes, der nicht ohne Interesse mit Beziehung auf Centrum und deutsch-freisinnige Partei sind, bekannt. Er lautet:

„Die beiden konservativen Gruppen und Nat.-Lib. nahmen einstimmig die Beschlüsse der Kommission an, dagegen gab es offene Kämpfe bei den Deutsch-Freisinnigen und verkehrte im Centrum. In der deutschfreisinnigen Partei trat bei dieser Gelegenheit sehr offen der Zwiespalt zu Tage, wie er schon bei Gelegenheit des Socialistengesetzes sich gezeigt hatte, nur in einem größeren, wenn auch nicht so sehr nach außen fühlbaren Umfange.“

Der Abg. Richter war ein Gegner der Vorlage, deren Zustandekommen auch für ihn ganz unerwartet kam. Da der Agitations- und Diätenfonds der Fortschrittspartei seinen Hauptausfluß aus Böhmenkreisen bezieht, so konnte Richter nicht einem Gesetz die Zustimmung geben, welches von der Börse verabschiedet wurde. Außerdem wurde ihm durch die Annahme der Vorlage ein sehr wirksames Agitationsmittel entzogen, denn er hätte mit seinem Trost gegen den Reichskanzler losdonnern können, welcher auch „durch diese Vorlage seine Feindseligkeit gegen Handel und Industrie gezeigt hätte“. Er verlangte deshalb in der Fraktion

Ablehnung; aber hier rief er auf sehr energischen Widerbruch, indem namentlich die früheren secessionistischen Elemente sich von seiner Kampfweise loslagten und die Brauchbarkeit der Vorlage behaupteten. Es soll zu sehr heftigen Szenen gekommen sein, Austritte hervorragender Mitglieder aus der Fraktion und Mandatsniederlegungen standen in Frage, und der große Agitator mußte klein beigeben und sich darein fügen, daß jedes Fraktionsmitglied nach seiner Ueberzeugung stimmen durfte. Die Klugheit hätte es nun geboten, daß Richter sich in dieser Frage zurückgezogen hätte, allein so leicht wird auch von einem Fortschrittler der Thron nicht verlassen. Richter stellte in der zweiten Lesung verschiedene, zum Theil so schlecht redigirte und auf mangelndem Verständniß beruhende Anträge, daß es den Anschein hat, als wollte er damit auf die Probe stellen, ob seine Anhänger wirklich den Muth hätten, ihn vor aller Welt offen zu verlassen. Dieses Unerwartete geschah aber; für einen Antrag traten außer ihm nur drei, sage drei Mitglieder seiner Fraktion ein, andere Anträge wurden offen von den Abgeordneten Meyer (Halle) und Kochmann bekämpft. Kurzum, die Beratung des Aktiengesetzes war gleichzeitig ein Fiasko für den Fortschrittspartei, und es fehlte nicht an Stimmen, welche diesem Symptom eine sehr weittragende Bedeutung geben. Hätte die Regierung statt eines Geschäftssteuer-Gesetzes ein lediglich auf die Besteuerung der Börse abzielendes eingebracht, so wäre vielleicht schon in dieser Session die Alleinherrschaft des Tyrannen Richter gebrochen gewesen; ob sie auch in die nächste Session hineinragen wird, hängt freilich von den Wahlen ab.

Viel gewandter benahm sich das Centrum. Auch hier gab es zwei Parteien; der einen, an deren Spitze Peter Reichensperger und Frankenstein standen, waren die Bestimmungen der Regierungsvorlage zum Theil noch zu milde. Zu dieser Anschauung bekannten sich namentlich die rheinischen und schlesischen Mitglieder der Fraktion, in deren Gedächtniß der sogenannte Kölner Klügel und die schlesischen Montantrache offenbar noch stark haften. Auch Majunke hatte als Redakteur der „Germania“ die Verwüstungen von Moral und Wohlstand durch die Berliner Gründer zu sehr vor Augen gehabt, um nicht ganz und gar für den Entwurf einzutreten. Dagegen war bekannt, daß Windthorst ein Gegner desselben sei; bei ihm überwoog in dieser Frage mehr das hannoversche als das katholische Interesse. Die Altienaeischaften von Hannover und Braunschweig hatten sich nämlich zusammengesetzt und in einer Petition an den Reichstag gegen das Gesetz Front gemacht, wie viele behaupten, unter Assistentz der kleinen Exzellenz, die sie in ihre Versammlungen eingeladen hatten. Auch ist Windthorst selbst Aufsichtsrath der Hannover'schen Bank und hat offenbar keine Lust, seine Verantwortlichkeit verächtlich und seine Thätigkeit in dieser Hinsicht vergrößert zu sehen, und es sollte uns nicht wundern, wenn er lieber seine Kräfte auch ferner dem parlamentarischen Leben als dem Gebeihen einer Privatbank widmet und deshalb aus dem Aufsichtsrathe der letzteren scheidet. Windthorst sah jedoch ein, daß er auf die Mehrheit seiner Fraktionsgenossen nicht rechnen könne, und hielt sich bei der Beratung ganz zurück, nachdem er nur mit wenigen Worten seinem Unmuth Ausdruck gegeben hatte, ein so spitzfindiges Gesetz noch auf der Tagesordnung der letzten Woche zu sehen. Dagegen war er schon genug, in die Beratung einzutreten, als es sich um eine Strafbestimmung gegen Redakteure handelte, wenn durch Vorverurteilung falscher Thatsachen oder Entstellung wahrer in öffentlichen Bekanntmachungen zur Theilnahme an einem Aktienunternehmen aufgefordert wird. Auf diesem Gebiete hatten schon die Anhänger des Entwurfs unter den Freisinnigen denselben bekämpft, die Nationalliberalen ihn nur unter großem Widerstreben gebilligt, und auch im Centrum regten sich die demokratischen Elemente, um diesen für die Presse genirenden Artikel zu beseitigen. Diese Stimmung verhand der Centrumsführer sehr klug zu benutzen und noch in dritter Lesung ein Aemeren durchzusetzen, das eine nicht gerade erhebliche Abschwächung der Vorlage enthält, so daß der Bundesrath ungeachtet derselben das Gesetz angenommen hat. Umgekehrt hat Richter den Zwiespalt seiner Partei nur mit einer sehr schwachen Zustimmung zu verkleinern vermocht. Unter diesen Wechselfällen hat die Vorlage die Zustimmung des Reichstags erhalten.“

Deutschland.

* Berlin, 14. Juli. Die Mitglieder des preussischen Staatsraths sind, wenn auch nicht amtlich, davon in Kenntniß gesetzt worden, daß der Staatsrath sich zunächst mit wirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen haben wird. — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erfährt, daß die von der Handelskammer zu Frankfurt a. M. angestellten Ermittlungen ergeben haben, daß mindestens 15 Mill. Rthl. Sterl. resp. 300 Mill. Mark Nennwerth der ägyptischen Staatsschuld sich in deutschem Besitze befinden.

— Als Führer der in diesem Herbst zu den ausländischen großen Manövern zu entsendenden Offiziere sind bestimmt: Für die Manöver der französischen Armee: der Generalleutnant v. Heubach, Kommandeur der Kavalleriedivision des 15. Armeecorps (Weg); für die Manöver der russischen Armee: Generalleutnant v. Leszczynski, Kommandeur der 15. Division (Rbn), für die Manöver der österreichischen Armee: der Generalmajor v. Hämisch, Direktor des allgemeinen Kriegsdepartements im Kriegsministerium.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt gegenüber von Behauptungen der „Magdeburger Zeitung“ in Sachen des General Stojk: Es ist nicht Thatsache und nicht wahr, daß der Reichskanzler mit General Stojk in einen Konflikt gerathen war. Demgemäß ist es nicht Thatsache und nicht wahr, daß eine Krisis zwischen beiden Herren eingetreten war und der Reichskanzler seine Demission eingereicht habe. Es ist nicht Thatsache und nicht wahr, daß

Feldmarschall Moltke irgend welchen Auftrag zur Vermittlung gehabt, noch eine solche aus eigener Initiative versucht habe. Dagegen ist es Thatsache, daß ein Konflikt zwischen dem damaligen Präsidenten des Reichskanzleramts, Minister Delbrück, und dem Chef der Admiralität, General Stosch, 1876 stattgefunden. Es gelang indes dem Fürsten Bismarck, Minister Delbrück zu beschwichtigen und ihn trotz des gegen ihn von dem Chef der Admiralität gerichteten offenen Angriffs zum Bleiben zu bewegen. Es bleibt uns ungeachtet aller erhobenen Widersprüche nur noch übrig, unsere Angaben über das preussische Ministerium Gladstone unsererseits zu wiederholen und aufrecht zu erhalten, auf Verlangen sind wir sogar im Stande, noch mehr Kandidaten desselben zu benennen.

Elberfeld, 13. Juli. An dem heute hier abgehaltenen national-liberalen Parteitag des Rheinlands nahmen gegen 2500 Personen Theil. Die Versammlung wurde durch den Gymnasialdirektor Dr. Jäger (Köln) eröffnet, Landgerichts-Rath Schmieding überbrachte die Grüße der Parteigenossen in Westfalen. Die Redner in der Versammlung waren die Landtags-Abgeordneten Dr. Emeckerus und Dr. Graf, der Reichstags-Abgeordnete v. Eynern und der Generalsekretär der Partei, Jerusalem. Die bereits gemeldete Resolution wurde einstimmig angenommen. Direktor Dr. Jäger brachte darauf ein Hoch auf den Kaiser aus, in welches die Versammlung begeistert und unter dem Absingen der Nationalhymne einstimmte. Unter den Teilnehmern an der Versammlung befanden sich die Landtags-Abgeordneten Dr. Cury, vom Saale und Kumpff, sowie die früheren Reichstags-Abgeordneten Dr. v. Schulte und Dr. Ernst (Siegen).

München, 14. Juli. Der Kaiser ist um 6 1/2 Uhr eingetroffen und nach dem Maschinenwechsel alsbald weitergereist. Der Gesandte v. Werthern und der Militärattaché v. Panewitz geben dem Kaiser nach Rosenheim das Geleit.

Rosenheim, 14. Juli. Der Kaiser ist um 7 1/2 Uhr im besten Wohlsein hier angekommen und hat Logis im Marienbad genommen.

Kreuz, 14. Juli. Das holländische Königspaar ist heute Morgen abgereist.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 13. Juli. Das Uebungsgeschwader unter dem Kommando des Viceadmirals Sterned ist heute Nachmittag in Fiume eingetroffen, wo am Dienstag früh ein Flottenmanöver abgehalten werden soll.

Schweiz.

Bern, 14. Juli. Geheimrath Koch ist auf die Einladung des Bundesrathes gestern hier eingetroffen. Heute konferirte derselbe mit der Cholera-Kommission. Die italienische Regierung hat den Dampfschiff-Verkehr auf dem Lago Maggiore zwischen den schweizerischen und italienischen Ortschaften untersagt.

St. Gallen, 14. Juli. Der Atnationalrath Hungerbühler, der von 1830 bis 1875 unter den Staatsmännern der Schweiz eine hervorragende Stellung einnahm, ist heute gestorben.

Frankreich.

Paris, 14. Juli. Nach einem Telegramm der „Ag. Havas“ verlief die Feier des Nationalfestes wie in den Vorjahren. Den Truppenrevuen und der Reue der Schillerbataillone auf dem Stadthausplatz wohnte eine zahlreiche Volksmenge bei. Vor dem Hotel Continental wurde die Feier gegen Mittag durch einen Zwischenfall gestört. Mehrere Schüler des Collegs gewahrten eine deutsche Fahne und forderten durch Rufen und Schreien zum Zurückziehen derselben auf. Hinzukommende Gaminis zerrissen die Fahne und schlugen die Fensterscheiben an der Eingangstür zum Hotel Rue Castiglione ein. Die Polizei zerstreute die Aufwiegler.

Paris, 15. Juli. Die Morgenblätter sprechen sich mißbilligend über den gestrigen Vorfall aus. „Figaro“ sagt, weder die Pariser Bevölkerung, noch die Regierung seien für derartige Vorfälle verantwortlich; es seien keine Patrioten, die solche Handlungen sich zu Schulden kommen ließen, sondern Schwachköpfe oder Agents provocateurs.

Marseille, 15. Juli. (Tel.) Von gestern früh bis Abends kamen hier 29 Cholera-Todesfälle vor.

Spanien.

Madrid, 15. Juli. (Tel.) Zwischen dem italienischen Gesandten am hiesigen Hofe und dem Minister des Auswärtigen Elnayen fanden sehr freundschaftliche Erklärungen bezüglich der bekannten Rede Pidal's statt. Der Zwischenfall ist damit erledigt.

Großbritannien.

London, 14. Juli. Der Herzog von Coburg hat den Ehrenvorstoß über den hier von Dr. Reichardt gegründeten Deutschen Lehrerverein übernommen. Der Lordmayor hatte gestern die auswärtigen Vertreter und Preisrichter der Gesundheitsausstellung bei sich zu Gast; an ihrer Spitze den Grafen Münster, dann den Hrn. v. Hochbrunn, Hrn. Dösy u. A. An Beglückwünschungen fehlte es nicht, denn von allen Belehungs- und Vergnügungseinrichtungen der Hauptstadt hat die Gesundheitsausstellung das beste Geschäft gemacht. Bis jetzt verzeichnete sie über eine Million Besucher; ihre Glanzperiode wird aber erst in den nächsten Monaten beginnen, wenn alle übrigen Anstalten der Sommerfrische wegen geschlossen sind. Den Theatern hat sie mehr als der Tod des Herzogs von Albany geschadet, denn sie entzog ihnen durch die Mannigfaltigkeit ihrer Genüsse und die Bewegungsfreiheit unter freiem Himmel einen großen Theil des Publikums. Sie kommt eben dem Bedürfnis der Hauptstadt nach einem Vergnügungsorte im kontinentalen Sinne entgegen.

Oberhaus. Bemys kündigt für Donnerstag den bereits gemeldeten Antrag an. Salisbury protestirt und glaubt, das Oberhaus könne den Antrag nicht annehmen, bis der Beschluß, nicht zur zweiten Lesung zu schreiten, annullirt sei. Granville erklärt, die Regierung sei bereit, den Antrag Bemys zu unterstützen und im November eine Bill wegen Neueinteilung der Wahlbezirke vorzulegen, wenn die Reformbill noch in jetziger Session erledigt werde.

Unterhaus. Dilke erklärt, daß weder in London, noch in Gesamtengland ein Fall von asiatischer Cholera vorgekommen sei.

Rumänien.

Bukarest, 15. Juli. (Tel.) Die vereinigte Opposition berief für gestern eine öffentliche Versammlung und vertheilte zur Revolte auffordernde Proklamationen. Mehrere Reden mit Angriffen auf die Regierung wurden gehalten. Bernescu stieß Insulten und heftige Drohungen gegen den König aus. In Folge energischer Protestes seitens eines großen Theiles der Anwesenden entstand eine Kauferei, welche sich bis auf die Straße und vor den konservativen Klub fortsetzte. Mehrere Anhänger der Opposition, welche Revolver gebrauchten, ohne indessen Jemanden zu verwunden, wurden von der Menge übel zugerichtet. Die Polizei schritt ein, um dieselben vor Mißhandlungen seitens der Menge zu beschützen, welche in den konservativen Klub eindringen wollte. Dieselbe stellte bald die Ordnung wieder her.

Bulgarien.

Sofia, 14. Juli. Das neue Kabinett ist konstituirte: Karaveloff, Präsident und Finanzen, Czarnoff, Auswärtiges, Laveoff, Inneres, Radoslavoff, Justiz, Careff, Unterrichts. Zum Präsidenten der Kammer wurde Stanbuloff ernannt.

Ägypten.

Kairo, 13. Juli. Aus Suakin wird gemeldet, das englische Kanonenboot „Woodlark“ sei gestern von Kawana und Agig zurückgekehrt und berichte, an beiden Orten habe Ruhe geherrscht.

Alexandrien, 14. Juli. Nach einer „Reuter“-Meldung fand hier eine Erkrankung an Cholera, und zwar an sporadischer Cholera, aber kein Todesfall statt.

Nordamerika.

New-York, 13. Juli. Nach Meldungen aus Cuba haben die dortigen Behörden gegenüber den aus dem Mittelmeer, sowie von Afrika und Asien kommenden Schiffen der Cholera wegen Vorsichtsmaßregeln angeordnet. — Telegramme hiesiger Blätter melden aus Mexiko, mit der dortigen nationalen Bank sei durch einen Agenten der englischen Bondholder vor einigen Tagen eine Vereinbarung über die Konvertirung der englischen Schuld abgeschlossen worden.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 15. Juli.

Der „Staatsanzeiger für das Großherzogthum Baden“ Nr. 29 vom 15. Juli enthält: Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Erlaubniß zur Annahmefremder Orden und Dienstaushichten. (Schon mitgetheilt.) Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden: 1) des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts: a. die Frequenz der Gelehrtenschulen, Realgymnasien und Höheren Bürgerschulen im Schuljahre 1882/83 betreffend; b. Ueberzicht der Studirenden auf den Universitäten Heidelberg und Freiburg betreffend; 2) des Ministeriums des Innern: a. die Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber durch die Wiesenthal-Eisenbahn-Gesellschaft betreffend; b. die Ernennung der Bezirksraths-Mitglieder für den Amtsbezirk Staufen betreffend; endlich die Anzeige von Todesfällen.

(Sitzung des ständigen Ausschusses bei der Landes-Gewerbehalle.) Heute fand hier im großen Saale der Landes-Gewerbehalle die jährliche Sitzung des ständigen Ausschusses statt. Anwesend waren: 1) als Vertreter des Ministeriums des Innern: Herr Geh. Referendar v. Stöffer, welcher den Vorsitz führte, Regierungsrath Wrischoffer, Professor Dr. Meindinger, Direktor Götz; 2) als Mitglieder des Ausschusses: a. von Seiten der Handelskammer: Fabrikant Mohr, Mannheim, Weinbändler Frey, Eberbach, Fabrikant Ellstätter, Karlsruhe, Fabrikant Gessell, Pforzheim, Fabrikant Hirscheim, Gaggenau, Fabrikant Kramer, Fahr, Fabrikant Boll, Freiburg; b. von Seiten der Gewerbevereine: für den Saargau: Buchbinder Müller in Engen, für den Schwarzwald-Gau: Rathschreiber Heim in Triberg, für den Oberrhein: Fabrikant Gether in Freiburg, für Mittelbaden: Fabrikant Bahler in Baden, für den Pfälzergau: Fabrikant Hoffmeister in Heidelberg, für den Gauverband des Oberrheins: Buchdrucker Lang in Tauberbischofsheim, unvertreten blieb der Oberbadische Gauverband; c. von Seiten des Ministeriums ernannte Mitglieder: Professor Dr. Engler, Obergerichtsrath Lambert, Dr. Landgraf, Sekretär der Mannheimer Handelskammer, Professor Dr. Lehr, Prof. Richard, Direktor Waag von Pforzheim; entschuldigt fehlte Geh. Hofrath Dr. Waagner.

Die Beratung der Vorlagen führte bei Ziff. 1 „Landes-Gewerbehalle“ zu einer Besprechung über eine eventuelle Vetheiligung der badischen Industrie an der Antwerpener Welt-Ausstellung; nach eingehender Verathung einigte man sich dahin, daß die Handelskammer Mannheim ihre bereits begonnenen Anfragen in den Kreisen der Industriellen und Gewerbetreibenden über etwaige Neigung zu einer Vetheiligung an der Ausstellung fortsetzen und die Landes-Gewerbehalle als staatliches Organ für die Vetheiligung an Ausstellungen sie darin unterstützen solle; welche sich eine hinreichend große Zahl von Anstellern, so solle eine einheitliche Organisation der Vetheiligung Badens an der Ausstellung, und da die Reichsregierung es definitiv abgelehnt habe, als solche etwas in der Sache zu thun, eine enge Fühlung mit den andern deutschen ausstellenden Staaten angestrebt werden. Zu Ziff. 2 „Kunstgewerbe-Schule“ wurden die vorzüglichen Leistungen derselben allseitig anerkannt und die beabsichtigte Umgestaltung des seitherigen Unterrichtsplans (statt eines dreijährigen Kurses ein zweijähriger Vorkurs und ein einjähriger Fachkurs, der in vier Abtheilungen zerfällt) einstimmig gutgeheißen; zugleich wurde die Hoffnung ausgesprochen, der

nächste Landtag möge die Mittel zu einem neuen Schulgebäude bewilligen, da das jetzige, namentlich im Hinblick auf die mit dem nächsten Schuljahr in's Leben tretende Umgestaltung des Lehrplans, auch den bescheidensten Anforderungen kaum mehr genüge. — Zu Ziff. 3 „Uhrmacherschule in Furtwangen“ fragt Fabrikant Gessell an, ob nicht die große Ausgabe von 2200 M. für den Zeitmaschinen-Dienst für die Schwarzwälder Uhrmacherei durch Anschaffung eines Chronometers vermieden werden könnte. Der Vorsitzende hebt die große Bedeutung der Position hervor, welche der Schwarzwälder Uhrmacherei durch Anschaffung eines Chronometers vermieden werden könnte, der Fabrikation seiner Uhrenwerke sich allmählich zuzuwenden, da die bisherige Uhrmacherei in Folge der Zeit der gewaltigen Konkurrenz der Massenfabrikation gewöhnlicher Uhren erliegen dürfte. Zu Ziff. 4 „Schweizerische Schule in Furtwangen“ stellt der Vertreter des Schwarzwald-Gauverbands den Antrag, die Schweizerische Schule möge nicht bloß die Anfertigung der Zeichnungen, sondern auf Wunsch der Besteller auch die Ausführung derselben oder wenigstens eines Modells übernehmen; die Versammlung lehnt den Antrag ab, da durch dessen Annahme die Schule zu einem industriellen Unternehmen sich gestalten würde, der Schulzweck aber darunter leiden müßte, die Gewerbevereine sollten vielmehr auf Errichtung eines in jeder Hinsicht leistungsfähigen Privat-Schweizerischen Instituts hinwirken. — Zu Ziff. 7 „Gemischtechnische Prüfungs- und Versuchsanstalt“ wird die beabsichtigte Einführung eines Kurses für Gewerbetreibende, in welchem dieselben über die verschiedenen Methoden der Prüfung der in ihrem Gewerbe zur Verwendung kommenden Stoffe belehrt werden sollen, allseitig gutgeheißen und auch die Gewährung einer Entschädigung für die gehaltenen Kosten an solche Teilnehmer an dem Kurse, die darum nachsuchen, gebilligt. — Zu Ziff. 8 „Gewerbezeitung“ wird von mehreren Seiten die Aufnahme von Zeichnungen aus allen Branchen des Gewerbes und namentlich auch die Mittheilung von Detailzeichnungen gewünscht; auch erklärt sich die Versammlung gegen die fernere Veröffentlichung von ausländischen Submissionsauschreibungen, da die Submittenten nur zu häufig in die Hände gewissenloser auswärtiger Agenten fielen und von diesen ausgebeutet würden. — Zu Ziff. 12 „Preise für Lehrarbeiten“ entspinnt sich eine längere Diskussion über einen Antrag des Gewerbevereins Karlsruhe: der ständige Ausschuss wolle sich dafür aussprechen, daß die Landesausstellungen auf Arbeiten von Lehrlingen beschränkt werden, welche am Ende ihrer Lehrzeit eine theoretische und praktische Prüfung abgelegt haben. Uebereinstimmend werden von allen Rednern die vielfachen Mißstände der bisherigen zahlreichen Ausstellungen von Lehrarbeiten und die damit verbundene massenhafte Vertheilung von Prämien an die Lehrlinge sowie das Bedürfnis anerkannt, unausgesetzt auf die Einführung einer freiwilligen Prüfung der Lehrlinge am Ende der Lehrzeit hinzuwirken; doch wird auch von einigen Seiten der Antrag des Karlsruher Gewerbevereins als zur Zeit zu weitgehend bezeichnet, da in anderen Städten die Verhältnisse anders als in Karlsruhe lägen, und vor beugenden Bestimmungen über das Lehrlingswesen gewarnt, bis die im Fluße befindliche Entwicklung desselben weiter vorgeschritten sei; man einigte sich schließlich dahin, daß zu den Landesausstellungen nur Arbeiten von solchen Lehrlingen zugelassen und eventuell prämiirt werden sollen, welche schon auf einer lokalen Ausstellung ausgezeichnet worden sind und das zweite Lehrjahr vollendet haben, sowie daß mit der Ausstellung eine Prüfung verbunden werden solle. — Zu Ziffer 15, Submissionswesen, spricht die Versammlung wiederholt den Wunsch aus, das Großh. Ministerium möge auf eine möglichst baldige Reform des Submissionswesens im Sinne der vorjährigen Beschlüsse des ständigen Ausschusses hinwirken. — Zu Ziffer 17, Einzelne Anträge, richtet der Ausschuss die Bitte an das Ministerium des Innern, es möge bei der Generaldirektion der Staats-Eisenbahnen darauf hinwirken, daß wenigstens für Kollektivbesuche der Landes-Gewerbehallen durch entferntere Gewerbevereine eine Fahrpreis-Ermäßigung bewilligt werde.

Nach einer einstündigen Pause, während welcher ein gemeinschaftliches Frühstück eingenommen wurde, trat die Versammlung in die Beratung des Erhebungsschemas für die kleingewerbliche Enquete ein. Der Vorsitzende gibt zunächst einen Ueberblick über die Entstehungsgeschichte der beabsichtigten Enquete, sowie über die Gesichtspunkte, von denen aus das der Versammlung vorliegende Erhebungsschema ausgearbeitet worden ist, und bittet bei der Beratung der einzelnen Abschnitte desselben etwaigen Anträgen und Ergänzungsvorschlägen Ausdruck zu geben. Derartige Vorschläge werden auch im Laufe der Beratung in größerer Zahl gemacht und von dem Vorsitzenden deren thunlichste Berücksichtigung zugesichert. Sämmtliche Redner äußerten erhebliche Bedenken über den praktischen Erfolg der Enquete und heben die außerordentlichen Schwierigkeiten derselben, namentlich im Vergleich zu einer landwirtschaftlichen Enquete hervor, die theils in der Vielgestaltigkeit des Objekts der Erhebungen, theils darin gelegen seien, daß man bei dem Kleingewerbe, um es nicht endlich in seinen materiellen Interessen zu schädigen, auf eine rücksichtslose Erforschung gewisser Details verzichten müsse. So schließlich ein Vorschlag des Regierungsraths Wrischoffer allgemeine Zustimmung, es möge der Ausschuss aussprechen, die Enquete werde voraussichtlich keinen großen praktischen Erfolg haben, da sie kaum etwas neues an den Tag fördern dürfte, ihre Durchführung sei aber, nachdem sie einmal beschlossen worden, insofern zu befürworten, als sie ergeben werde, daß die heute schon bezeichneten und beflagten Uebel und Fehler in wirtschaftlicher und technischer Beziehung in der That vorhanden seien. — Den letzten Gegenstand der Beratung bildet die Frage der Errichtung von Handelskammern.

Dr. Landgraf (Mannheim) erstattete hierüber, wie schon im Jahre 1881, Bericht. Im Jahre 1881 habe der Ausschuss beschlossen, daß weder eine obligatorische noch eine fakultative Errichtung von besonderen Handelskammern anzustreben sei, ebensowenig aber eine Erweiterung der bestehenden Handelskammern zu Handels- und Gewerbekammern. Ein Anlaß, von diesem Beschlusse abzugehen, liege auch heute nicht vor. Redner frage, welchen Zweck sollen sie haben? soll durch sie etwa eine bessere Vertretung der Interessen des Kleingewerbes erzielt werden? Eine solche sei nicht nöthig; die bestehende Organisation (die Gewerbevereine, die Gauverbände und der Landesverband derselben, der ständige Ausschuss der Landes-Gewerbehallen) gewähre dem Gewerbe eine vollständig genügende Vertretung. Der seien die Handelskammern aus finanziellen Gründen erstrebenswerth? Auch diese Frage sei zu verneinen, denn auch von Handelskammern mit Selbstbesteuerechtsrecht könne kein großes finanzielles Ergebnis erwartet werden; zu bedenken sei ferner, daß die Handelskammern nur auf den Trümmern der bestehenden Gewerbevereine errichtet werden könnten, da beide unmöglich neben einander zu bestehen vermüßten; endlich würde den Handelskammern das in unserm Gewerbevereine zu deren großem Nutzen und Frommen zahlreich vertretene nicht gewerbetreibende Element verloren gehen. Fabrikant Hoffmeister tritt dagegen lebhaft für die Handelskammern ein, in welchen allein das Gewerbe eine volle und umfassende Vertretung

seiner Interessen finden könne, und verließ eine in diesem Sinne gefasste Resolution des Pfalzgau-Verbandes. Der Vorsitzende schließt sich im wesentlichen den Ausführungen des Dr. Landgraf an, betont nach einem Ueberblick über die Entwicklungsgeschichte des Gewerbetwesens, daß die Gewerbetämmerung vermöge der hier in Frage kommenden Besonderheiten niemals die gleiche unmittelbare Förderung der Interessen ihrer Angehörigen erreichen könnten, wie dies bei den Handwerkskammern der Fall, und weist nach, daß die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gewerbetämmerung die unserer Gewerbevereine und Gewerbeverbände nicht nur nicht übertrifft, sondern wahrscheinlich nicht einmal erreichen werde; zu bedauern bleibe freilich, daß die Gewerbevereine theilweise ihre Aufgaben noch so wenig erfassen, durch Errichtung von Gewerbetämmerungen könne hier nicht geholfen werden, sondern nur durch das unausgesetzte Bestreben, ein lebendigeres Interesse und Verständnis für die Bestrebungen der Gewerbevereine zu erwecken. — Zur Entscheidung gelangte die Frage, ob auf die Errichtung von Gewerbetämmerungen hinzuwirken sei, nicht, da bei der Abstimmung Stimmengleichheit sicher gab. — Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden wurde die Sitzung Abends 1/2 Uhr geschlossen.

□ (Strafkammer.) Unter dem Vorsitz des Groß-Landgerichts-Raths Martin kam heute die Anklage gegen Mühlenbesitzer Josef Deubel von Etilingen wegen Unterschlagung und Obermüller Johannes Hertwed dafelbst wegen Beihilfe vor der Groß-Strafkammer dahier zur Verhandlung. Mühlenbesitzer J. Deubel hatte seit dem Jahre 1880 das Vermögen des Magazin-Getreides zur Wehlbereitung bei dem Provinzialamt Karlsruhe mit einem durchschnittlichen Jahresbedarf von 22,000 Ztr. Roggen übernommen und zu diesem Zwecke die eine seiner beiden Mühlen — die obere sog. Kundenmühle — beauftragt ausschließlicher Benützung für die Militärverwaltung eingerichtet; vor etwa einem Jahre ließ Deubel in dem vierten Stockwerk besagter Mühle unter dem Dachraum einen Zylinder nebst einem sog. Trümmel (Trichter) anbringen. Auf eine Anzeige mehrerer im Dienste des Deubel stehender Müllerburtschen, welche denselben der Unterschlagung von Mehl zum Nachtheil des Militärs bezw. der Vermischung des guten Mehles mit schlechtem von geringer Qualität anschludigten, wurde eine Untersuchung eingeleitet; dieselbe führte zu dem Ergebnis, daß Deubel den oberen Zylinder seit Dezember v. J. durch eine Transmission mit dem Mahlwerk in Verbindung gebracht und dadurch bewirkt hatte, daß der Roggenvorschub (die beste Qualität des gemahlten Getreides) in denselben geleitet und in diesem obersten Räume abgefaßt wurde. Es ließ sich durch die Untersuchung weiter nachweisen, daß Deubel diesen Roggenvorschub in einem Maßgehalt von mindestens 50 Säcken an sich brachte und das in dem abzuliefernden Mehlquantum eingetretene Manco dadurch ausglich, daß er Mehl von schlechtem Weizen, wofür er keinen Absatz fand, und Futtermehl aus der unteren Mühle beschaffen und mit dem Mehl des Provinzialamts vermenge. Obermüller Hertwed, welcher diese Manipulationen leitete und den Schlüssel des ständig abgeschlossenen 4. Stockwerks stets bei sich trug, hatte in der Untersuchung, während welcher beide Angeklagte zur Vermeidung von Verabredungen in Haft gebracht waren, ein volles Geständnis abgelegt, dieses aber bald nach seiner Freilassung widerrufen, indem er vorgab, er habe seine Angabe gegen Deubel nur aus Nachsicht gemacht, weil ihm in Folge von Zerwürfnissen mit letzterem seine Stelle gefährdet worden sei. Bei diesem Widerruf verblieb derselbe auch in heutiger Hauptverhandlung; seine Aussagen geschahen unbeeidigt, weil er selbst Angeklagter war. Die in der Verhandlung gepflogene Beweisaufnahme stellte die Schuld der beiden Angeklagten außer allen Zweifel. Obwohl die zur Unterschlagung des guten Mehles getroffenen Einrichtungen in der geheimsten Weise vollführt wurden, konnte dem geübten Auge des Dienstpersonals das unredliche Treiben doch nicht vollständig verborgen bleiben, und die heute gemachten eidlichen Zeugenaussagen zeigen zur Genüge, daß es dem letzteren vollkommen klar geworden war, welchen Zwecken der in der obersten Etage angebrachte Zylinder dienen mußte; auch ließ sich durch die eidlichen Aussagen feststellen, daß das durch dieses verwerfliche Verfahren gewonnene Roggen-Vorschubmehl ganz ungenutzt von der oberen (Militär-)Mühle in die untere wagenvollweise verbracht wurde, wobei allerdings der die Fruchte besorgende Knecht dem fragenden Dienstpersonal zur Antwort geben mußte, das Mehl komme von der Bahn. Der Gerichtshof verurtheilte auf Grund des umfassenden Belastungsmaterials den Deubel wegen Unterschlagung zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten und den Hertwed zu einer solchen von sechs Wochen und Beide nach Verhältnis in die Kosten des Verfahrens.

□ Baden, 14. Juli. (Gewitter. Waldfest.) Heute früh bald nach 6 Uhr während eines heftigen Gewitters kam ein orkanartiger Sturmwind zum Ausbruch, welcher in den Anlagen und Alleen durch Zerstörung und Beschädigungen von Bäumen große Verheerungen anrichtete. Es bildeten sich mächtige Windströme, die große schwere Bäume federleicht aus der Erde rissen und zu Boden warfen, oder, wie es im Groß-Schloßgarten der Fall war, förmlich auseinander rissen, auch mannsdicke Äste abknickten. In der alten Friedhofsanlage, in der Senfgeralle, an der Bahnhof-Anlage, in der Gungzenbach u. s. w. waren Arbeiter heute den ganzen Tag über damit beschäftigt, die niedergeworfenen Bäume zu zerleinern und das Holz aufzubereiten. Die der Kaiserin gehörige kleine Kapelle in der Richtenthaler Allee, welche von Ihrer Majestät zum Andenken an die glückliche Errettung des Kaisers vor dem Biedersteinen Attentat mit großer Sorgfalt baulich unterhalten wird, wurde durch einen niederstürzenden Baumstamm erheblich beschädigt. Mit dem Gewitter war ein kurzes aber starkes Hagelwetter verbunden, unter dem insbesondere die mit Früchten schwer beladenen Obstbäume zu leiden hatten. — Ein gelungenes Waldfest wurde gestern Nachmittag vom hiesigen Turnverein im Friesenbergwald abgehalten. Mit Musik und wehender Fahne zog das muntere Völkchen nach 2 Uhr in Reih und Glied vom Vereinslokal durch die Straßen der Stadt den Deutig hinauf nach dem hübsch ausgewählten Plage, wo sich alsbald ein fröhliches Lagerleben entwickelte. Die zur Ausführung gekommenen turnerischen Uebungen fanden lebhaften Beifall. Die improvisirte Waldwirtschaft machte glänzende Geschäfte, was bei der großen Hitze — wir notirten gestern über 28° R. im Schatten — leicht erklärlich ist.

Heidelberg, 14. Juli. (Kreditreform.) Zu dem gestern im Gartenlaale der Harmonie abgehaltenen außerordentlichen Verbandstage des jetzt 43 Städte umfassenden Verbandes der Vereine Kreditreform waren: Darmstadt, Freiburg, Hanau, Heidelberg, Heilbronn, Kaiserslautern, Karlsruhe, Rempten, Lahr, Landau, Mainz, Mannheim, Metz, Neustadt a. S., Offenbach, Speier, Straßburg, Stuttgart, Trier, Würzburg und Zweibrücken mit 32 Delegirten vertreten. Die Verhandlungen bezogen sich auf innere Angelegenheiten und dauerten von 12 bis 5 Uhr.

Freiburg, 15. Juli. (Tel.) (Bei der hiesigen Stadtraths-

Wahl) sind 4 liberale und 5 nicht-liberale Kandidaten gewählt worden.

* Kleine Nachrichten aus dem Großherzogthum. In Diersburg, Amts Offenburg, hat ein feuriges Spiel mit dem eigenen Leben den Tod eines jungen Kutschen herbeigeführt. Den Sohn eines dortigen Hofbauern, einen 15jährigen Menschen, plagte die Neugier, zu wissen, ob ein gewöhnlicher dünner Bindfaden fest genug sei, um sich daran zu hängen. Der Bindfaden, in dessen Schlinge er den Kopf gesteckt hatte, hielt jedoch nur zu gut und der junge Mensch büßte seinen Leichtsin mit dem Leben. — Ein kühleres Flussbad mag bei der gegenwärtig herrschenden hohen Temperatur wohl als Wohlthat empfunden werden, die Wohlthat kann sich aber in die schlimmste Gefahr für Gesundheit und Leben des Badenden verwandeln, wenn derselbe nicht die nöthige Vorsicht beobachtet. Diese Vorsicht muß eine doppelte sein; nur wer mit den Flußverhältnissen an der Stelle, wo er ein Bad nehmen will, ganz genau bekannt ist, darf, und auch dann nur nach gehöriger Abkühlung, sich ins Wasser wagen. In den letzten Tagen sind so zahlreiche Unglücksfälle beim Baden aus allen Gegenden des Landes berichtet worden, daß man annehmen muß, es werde gegen jene beiden, doch so selbstverständlichen Vorbedingungen eines Flussbades noch immer arg gesündigt. Aus Neckarau wird gemeldet, daß vorgestern ein Mann im Alter von 33 Jahren beim Baden im Rhein an unerlaubter Stelle ertrunken ist. Derselbe hinterläßt eine Wittwe mit drei unermöglichten Kindern. Es ist dies der dritte Fall in diesem Jahre, daß Menschenleben dort auf diese Art verloren gingen. — In Sandhofen, Amts Ladenburg, trug sich auf dem Rhein ein Unglücksfall zu, der zwei Personen das Leben kostete. Der achtjährige Sch. wurde beim Baden von der Strömung erfasst und fortgerissen; auf seine Hilferufe sprang der 25 Jahre alte Cigarrenmacher J. H., welcher sich in einem Kachen befand, in die Fluthen, um denselben zu retten; er konnte jedoch das Rettungswerk nicht vollenden, sondern fand ebenfalls in den Wellen des Rheins seinen Tod. Die Leiche des H. wurde bereits gelandet, während die des Knaben noch nicht aufgefunden ist. — Aus Breisach meldet die „Breisgauer Zeitung“, daß in jüngster Zeit in der dortigen Gegend mehrere Leichen gelandet worden. Vorgestern trieben gleichzeitig zwei völlig nackte Leichen dort vor, von denen eine gelandet wurde; es soll diejenige eines beim Baden ertrunkenen italienischen Arbeiters sein. Die zweite Leiche konnte nicht aufgefunden werden. Die Warnung, welche diese Thatsachen enthalten, sollte doch beherzigt werden. — Von einem Unfall anderer Art wird aus G. b. r. i. c. h. e. n, Amts Pforzheim, berichtet. Dort stürzte der 50 Jahre alte Schlosser Thomas Stelzer, Vater von 6 Kindern, die Stiege eines Wirthshauses so unglücklich hinab, daß er das Genick brach und am gleichen Tag Abends starb.

Theater und Kunst.

* Karlsruhe, 15. Juli. Das erste Gastspiel der Münchener, das am Freitag zu Gunsten des Badischen Frauenvereins stattfand, hat denselben die stattliche Summe von 1141 M. 50 Pf. als Reinertrag der Vorstellung zugeführt.

* (Zweites Ensemble-Gastspiel der Münchener.) Der hohe Kunstgenuss, den uns am vorigen Freitag die Gastdarstellung der Mitglieder des Königl. Gärtnerplatz-Theaters in München verschafft hat, mußte in Jedem, welcher dieser vorzüglichen Aufführung beiwohnte, den lebhaftesten Wunsch regeln, daß die Münchener Gäste sich nicht auf diese Vorstellung in Karlsruhe beschränken, sondern uns noch ein anderes Stück ihres überausreichen Volksstück-Repertoires vorführen möchten. Dieser Wunsch wird nun in Erfüllung gehen. Die außerordentlich freundliche Aufnahme, welche die treffliche Künstlergattung bei unserem Publikum am ersten ihres Auftretens fand, hat dieselbe veranlaßt, für den Donnerstag noch eine Aufführung in Aussicht zu nehmen. Die Wahl ist dabei auf das Volksstück: „Im Austragsbüchel“ von Hans Neuert gefallen. Es ist dies neben dem „Herzogshühner von Ammergau“ dasjenige Stück, in welchem die Münchener Darsteller aller Orten die größten Triumphe gefeiert haben, und es steht nicht zu bezweifeln, daß die zweite Gastdarstellung der Münchener uns einen eben so hohen und ungetrübten Genuss wie der erste Gastspielabend bereiten wird.

(Karlsruhe, 15. Juli. (Im Kunstverein) war am letzten Sonntag ein reizendes Bild von unserm talentvollen Fr. Kallmorgen ausgestellt. Er hat es „Frühlingstag“ betitelt, ich würde es lieber „Frühlingstag“ genannt und dabei der Uhländ'schen Verse gedacht haben: Saaten grün, Viehgedult,

Perchenwirbel, Amfelschlag,
Sonnereggen, linde Luft,
Wenn ich solche Worte singe,
Braucht es dann noch großer Dinge,
Dich zu preisen, Frühlingstag?

Es ist ein Motiv aus unserer Gegend, etwa um Grözingen her, eine schlichte Landstraße, von hügeligem Gelände begrenzt, von dem eine Kirche herabgrüßt, umsäumt von blühenden Obstbäumen, ein Idyll, so frisch gemalt, so lieblich und hell, daß einem der Frühlingstag daraus entgegenweht. Leider war das schöne Bild nur an dem einen Tage ausgestellt und ist daher wohl nur von einer kleineren Zahl von Kunstfreunden bewundert worden. Daneben nahmen zwei große Gemälde von namhaften auswärtigen Malern die Aufmerksamkeit in Anspruch. Camonts Gemahlin von E. Seeldrayers in Brüssel, ein ernstes, vornehm aufgefahes und akademisch korrekt gemaltes Historienbild, für unsere Empfindung etwas zu kühl, zu offiziell, wenn man so sagen darf, aber unzweifelhaft eine sehr respectable Leistung. Daneben von A. v. Heyden in Berlin „Wittichs Rettung“, ein Motiv aus der Nibelungen-Sage, mit den Vierzehn gezeichnet und gemalt, die dieser geistvolle Künstler bei Behandlung seiner sagenhaften Stoffe beansprucht. Aber der bildenden Kunst sind nun einmal Grenzen gezogen, wie sie den Dichter, der ja nicht Sichtbares schafft, sondern an die Phantasie appellirt, nicht beschränken. Was sinnlich wahrgenommen werden kann, muß den Gesetzen der Natur gehorchen, und alle Phantasie kann uns für unmögliche Werke und unmögliche Farbenspiele nicht entschädigen.

* (Groß-Theater.) In Karlsruhe. Donnerstag, 17. Juli. Extravork. außer Ab. Letztes Gesamt-Gastspiel der Münchener. Die Mitglieder des kgl. Theaters am Gärtnerplatz in München unter Leitung des kgl. bayr. Hof-Schauspielers Frn. Max Hofbauer. Zum ersten Male: Im Austragsbüchel (Im Uhlentheil), ländliches Volksstück mit Gesang und Tanz in 4 Akten, von Hans Neuert. Musik von C. Horad. Regie: Fr. Hans Neuert. — Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 1/2 10 Uhr. Preise zc. wie beim 1. Gesamt-Gastspiel.

Verschiedenes.

— Elberfeld, 14. Juli. (Blitzschlag.) Bei dem gestrigen Bettrennen in dem Circus Kremler auf den Höfen bei Rittershausen wurden, wie die „Elberfelder Zig.“ meldet, bei einem gegen 5 Uhr hereinbrechenden Unwetter durch Blitzschlag 11 Personen betäubt und 4 getödtet; dieselben befanden sich außerhalb der Arena auf einem Baume.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Trost in Karlsruhe.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register. Geburten. 14. Juli. Albert Vincenz Friedrich, B.: Karl Frey, Schlosser. — Frieda Franziska, B.: Wihl. Strieder, Architekt.

Eheaufgabe. 14. Juli. Andreas Ried von Schwegenheim, Flechner und Inhabler hier, mit Anna Jung von Schwegenheim. — 15. Juli. Wilhelm Rinlin von Gleichet, Schreiner hier, mit Christiane Bachmann von Itlingen.

Eheschließung. 15. Juli. Eustachius Soll von Biberach, Lokomotivführer hier, mit Pauline Gerich Wee., geb. Seitz, von Durlach.

Todesfälle. 13. Juli. Heinrich Brokmann, Chem., Schuhmacher, 68 J. — 14. Juli. Wilhelm, 8 M., B.: König, Schneider. — Elisabetha, Ehefr. v. Eisenbahn-Arbeiter Red., 62 J. — Anna, 5 M. 29 J., B.: Hauser, Lokomotivbeizer. — 15. Juli. Barbara, Wee. v. Maurermeister Rittinger, 74 J.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

Juli	Barom.	Thermom.	Absolute Feucht.	Relative Feuchtigk.	Wind.	Himmel.
	mm	in C.	in mm	in %		
14. Nachts 9 Uhr	752.8	+22.8	15.3	74	SW	sehr bew.
15. Morgs. 7 Uhr 1)	752.3	+21.4	15.2	80	SE	wenig bew.
„ Morgs. 2 Uhr	750.8	+29.0	13.8	46	SW	bewölkt

1) Regen = 3.2 mm der letzten 24 Stunden.

Wasserstand des Rheins. Maran, 15. Juli, Morgs. 4.25 m, gefallen 5 cm.

Witterungsaussichten für Mittwoch, 16. Juli. Es steht Fortdauer des vorwiegend heiteren, warmen, zur Bildung von Gewittern geneigten Wetters in Aussicht. Witterungsbureau Karlsruhe.

Wetterkarte vom 15. Juli, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Ueber Skandinavien zeigt sich heute ein wohlbestimmtes Depressionsgebiet, so daß die mäßige, von vielfach wolkigem Wetter begleitete südwestliche Luftströmung über ganz Norddeutschland sich ausbreitet hat, überdies ist wesentlich von Island ein neues barometrisches Minimum angetreten, welches für den Westen Fortdauer des veränderlichen Wetters bedingt. Auch in Deutschland ist fast überall etwas Regen gefallen, an der östlichen Ostsee-Küste und im Süden im Gefolge von Gewittern. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 15. Juli 1884.	
Staatspapiere.	Buchst. 153 3/4
4% Reichsanleihe 103 1/4	Nordwestbahn 149 1/2
4% Preuß. Cons. 102 1/4	Elbtal 158 1/2
4% Baden in fl. 101 1/4	Medlenburger 200 1/2
4% „ i. Met. 102 1/2	Hess. Ludw. 110 1/2
Deff. Goldrente 86 1/2	Lübeck-Büchen 167 1/2
Silber.	Gotthard 94 1/2
4% Ungar. Goldr. 76 1/2	Loose, Wechsel zc.
1877er Russen 94 1/2	Deff. Loose 1860 120 1/2
II. Orientanleihe 59	Wechsel a. Amst. 169.10
Italiener 93 1/2	„ „ Lond. 20.43
Ägypter 59 1/2	„ „ Paris 81.17
	„ „ Wien 167.68
Kreditaktien.	Napoleonsdr 16.24
253 1/2	Privatdisconto 2 1/2
Disconto-Comm. 196 1/2	Basler Bankver. 135 1/2
Basler Bankver. 135 1/2	Bad. Zuckerfabrik 106 1/2
Darmstädter Bank 150 1/2	Alkali Werker. 151 1/2
Wien. Bankverein 87 1/2	„ „ a. b. o. r. s. c.
	Kreditaktien 253
	Staatsbahn 268 1/2
	Lombarden 123 1/2
	Galizier 286
	Tendenz: still.
Berlin.	Wien.
Deff. Kreditakt. 506.—	Kreditaktien 300.—
Staatsbahn 537.—	Marknoten 59.55
Lombarden 247.50	Tendenz: —
Disco.-Comm. 196.60	Paris.
Laurahütte 104.50	4 1/2% Anleihe 106.95
Dortmunder 71.60	Spanier 57 1/2
Marinerburger 75.—	Ägypter 297
Böhm. Nordbahn —	Ottomane 590
Tendenz: —	Tendenz: —

